

Italien: Flüchtlingsschutz versinkt im rechten Populismus

Eine lange Schlange von Autos mit schwarzen Trauerbändern und Schuhen, dem Symbol von Angesträndeten, bewegt sich von der sizilianischen Kleinstadt Noto an die Küste. Vendicari ist das Ziel, ein Naturschutzgebiet mit kleinen Sandstränden und hübschen Buchten. 17 Leichen waren hier im November 2007 angeschwemmt worden, drei von ihnen, Palästinenser, sind namenlos geblieben. Ein Jahr nach diesem Unglück haben italienische und deutsche Aktivistinnen und Aktivisten einen Gedenktag organisiert, um neben diesen 17 Menschen auch der anderen Tausenden Opfer der Abschottungspolitik zu gedenken, die auf dem Grunde des Meeres bleiben.



Foto: Judith Gleitze

Judith Gleitze

Said ist Ägypter. Er lebte schon seit einigen Jahren in Mailand, als ihn der Anruf erreichte: Unsere Verwandten sind mit dem Boot losgefahren und haben sich nicht mehr gemeldet! Said versucht, über die Polizei in Mailand und Rom Näheres zu erfahren, schließlich schickt man ihn nach Sizilien. Da seien Leichen angeschwemmt worden, er solle sie identifizieren. Zwei Cousins, einen Schwager, einen Neffen und seinen Bruder verliert Said mit einem der unzähligen Schiffbrüche im Meer rund um Sizilien. Imam Mufid aus Catania betet mit den angereisten Verwandten der Verstorbenen. Er spricht von der Verantwortung der europäischen Politik, von den unvergessenen Töten, die auf der Flucht ihr Leben gelassen haben. Said wirft zwei große Sträuße mit Rosen ins Meer und weint um seine verstorbenen Verwandten.

Jedes Jahr verlieren Hunderte von Flüchtlingen ihr Leben auf See. Die, die Italien erreichen, haben oftmals keinerlei Chance, legal im Land zu bleiben.

Seit Ende 2008 weht ein noch eisigerer Wind aus Rom. Nachdem im Dezember 2008 an die 2.000 Flüchtlinge auf der Insel Lampedusa gelandet waren – sehr ungewöhnlich für die Wintermonate – zielt Italiens Innenminister Maroni (Lega Nord, extreme Rechte) auf die populistische Wirkung des »Hau drauf«: Diesem »Massenansturm« müsse Einhalt geboten werden! Kein Flüchtling solle mehr nach Italien verteilt werden, alle sollten sie auf der Insel bleiben und von dort zurückgeschoben werden. Sollte ein Asyltrag gestellt werden, so würde dies noch vor Ort geprüft. Das Problem dabei: Das Aufnahmezentrum von Lampedusa verfügt über gerade einmal 800 Plätze. Mit 2.000 Menschen ist es hoffnungslos überbelegt. Das Wetter ist schlecht, die Menschen müssen trotzdem draußen schlafen. Nur sehr wenige werden – entgegen der Aussage der Regierung – in andere Lager gebracht. Die Situation eskaliert, Hunderte von Flüchtlingen brechen aus dem bewachten Lager aus und demonstrieren im Dorf: Sie wollen umgehend in andere Aufnahmelager verlegt werden. Seite an Seite mit der lampedu-

sanischen Bevölkerung stehen sie auf der Piazza. Das ist einmalig in der bisherigen Geschichte des Flüchtlingslagers auf der Insel. Auch die Lampedusaner und ihr rechtsgerichteter Bürgermeister fordern die Verlegung der Flüchtlinge. Die einen sehen die Not der Flüchtlinge, einige verstecken sie sogar in ihren Häusern, die anderen bangen um den touristischen Ruf der Insel. Die Regierung versucht unterdessen, die Insel zu militarisieren. Schon jetzt patrouillieren Hunderte von Soldaten über das kleine Eiland. Maroni bleibt hart, gegen alle Insulanerproteste verkündet er die Eröffnung eines zweiten Lagers auf der abgelegenen Militärbasis Loran. Lampedusa gilt nun als Zentrum für Identifikation und Abschiebung, dem unter der Berlusconi-Regierung neu installierten Lagertyp, der dazu dient, alle illegal Eingereisten festzuhalten und nach der Identifizierung möglichst rasch abzuschicken. Auf der Basis Loran fehlt es an jeglicher Struktur zur Unterbringung von Flüchtlingen, dennoch werden an die 70 Frauen dorthin verlegt. Erst ein Brand im Februar 2009 zwingt die Regierung, die Flüchtlinge nun doch

zünftig auf andere Lager zu verteilen. Der Innenminister versucht indessen, die bilateralen Abkommen mit Tunesien und Libyen in Gang zu bringen. Ende Dezember reist er nach Tunis und erhält die Zustimmung, dass tunesische Staatsbürger/innen zurückgenommen werden. Der Jurist und Flüchtlingsaktivist Fulvio Vassallo Paleologo beschreibt das Getue um das Rückübernahmeabkommen mit Tunesien als populistische Farce: Es werden seitdem nicht mehr und nicht weniger Tunesier/innen zurückgeschoben als vorher. Dennoch ist der Ruf nach Massenabschiebungen besorgniserregend. Noch gut in Erinnerung sind den Aktiven die illegalen Massenabschiebungen von Lampedusa nach Libyen, die auch vom Europäischen Parlament 2005 verurteilt wurden. Auch jetzt werden neben tunesischen vor allem ägyptische Personen von Lampedusa mit einer Zwischenlandung auf Sizilien nach Kairo zurückgeschoben. Einen Zugang zum Asylverfahren hatten diese Menschen nicht, was auch Proteste des UNHCR hervorruft. Doch Maroni lässt nicht locker, er versucht, das im August 2008 geschlossene Abkommen zwischen Italien und Libyen endlich zu aktivieren. Die beschlossenen gemeinsamen Patrouillen vor der libyschen Kü-

ste mit sechs von Italien gestellten Booten haben bis heute nicht begonnen, denn das italienische Parlament hat dem Abkommen noch gar nicht zugestimmt. Vassallo Paleologo: »Was bitte sollten auch sechs kleine Patrouillenboote ausrichten? Wir haben allein hier in Palermo 12 Boote liegen, die abwechselnd rausfahren – und was konnten die bisher schon verhindern. Das ist alles reine Augenscherelei.«

Doch diese kommt gut an in der Bevölkerung, in der man die Angst vor »Illegalen« medial geschürt hat. Täglich werden in Fernsehtalkshows die Themen Migration, Kriminalität durch Migrantinnen und Migranten und die dadurch schwindende Sicherheit diskutiert. Der Prozentsatz an von Ausländerinnen und Ausländern verübten Straftaten sei enorm gestiegen. Nicht erwähnt wird dabei, dass seit dem Inkrafttreten des Sicherheitspakets 2008 in Italien die illegale Einreise bereits als Straftat gilt. Damit kreierte man allein schon 36.000 Straftäter/innen, die Italien 2008 über See erreicht haben! Straftaten, die kein Italiener begehen kann. Ähnlich populistisch geht man mit der Zahl der Ankünfte über See um. Aber auch wenn diese 2008 um 75 % ge-

stiegen ist (ca. 31.000 Menschen sind im letzten Jahr auf Lampedusa angelandet), so sind dennoch nur rund 15 % aller Menschen ohne Papiere im ganzen Land illegal eingereist, wie Expertinnen und Experten bestätigen: Die meisten Menschen, die sich irregulär in Italien aufhalten, sind mit gültigem Visum eingereist und haben das Land nach dessen Ablauf nicht verlassen.

Die Rechte ist jedoch sehr darauf bedacht, dass dies nicht zu öffentlich wird. Mit den Bildern von »Massen«, die in kleine Boote gepfercht, über See ankommen, versucht man populistisch zu punkten. Schade nur, dass die meisten Medien auf dieses Bild einsteigen und nur in den seltensten Fällen alle Seiten beleuchten. Sicher ist es sinnvoll, auf die unerträgliche Situation in Lampedusa aufmerksam zu machen, selten jedoch wird auch die Frage erörtert, was die nationale und europäische Politik hierzu beitragen. Maroni und Berlusconi scheinen zu glauben, wenn man das »Bild Lampedusa« abschaffte, dann sei das »Problem Migration« gelöst. Es geht schon lange nicht mehr um Flüchtlinge und deren Schutz. Und diese Tendenz verschärft sich auch in Italien. ■



Foto: Judith Gleitze